

03. August 2018

**Kathrin Vogler, Mitglied des Bundestages
Friedenspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.:**

**Hiroshima mahnt: Wir wollen keine Atomwaffen in Büchel oder anderswo!
Wir brauchen eine nukleare Abrüstungskonzeption statt nuklearer Teilhabe!**

Presseerklärung zur Abgeordneten-Mahnwache vor dem Fliegerhorst Büchel
am 6. August 2018, dem Hiroshima-Gedenktag

Am Montag, dem 6. August, jährt sich der US-amerikanische Atombomben-Abwurf auf Hiroshima zum 73. Mal. In dem nuklearen Inferno starben mehr als 60.000 Menschen, 90.000 wurden verletzt. Die Stadt wurde fast ganz zerstört. Drei Tage später bombardierten die USA die Stadt Nagasaki. Hier starben am Tag des Angriffs und in den Wochen danach fast 40.000 Menschen, 42.000 wurden verletzt. Die Explosionskraft der beiden Atombomben betrug 13,4 bzw. 22 Kilotonnen TNT. An der radioaktiven Verstrahlung und ihren Folgen starben viele Überlebende noch Jahrzehnte später nach langem Leiden.

Im Gedenken an die Opfer dieser ersten Atomwaffeneinsätze besuchen die Mitglieder der Fraktion Die Linke im Bundestag Kathrin Vogler, Brigitte Freihold, Kathrin Werner, Andrej Hunko und Alexander Ulrich am Montag die Aktionspräsenz der Atomwaffengegner am Fliegerhorst Büchel in der Eifel. Sie werden ab 15.00 Uhr gemeinsam mit den Friedensgruppen dort eine Mahnwache abhalten. Für eine Luftballonaktion um 17.00 Uhr im Rahmen der Mahnwache wird der Fliegerhorst Büchel seinen Flugbetrieb einstellen. Im Anschluss beginnt ein Kulturprogramm mit Redebeiträgen der Abgeordneten und Live-Musik der Oyez Bluesband.

In Büchel, dem derzeit einzigen Atomwaffenstandort in Deutschland, lagern 22 US-amerikanische Atombomben des Typs B-61 mit einer maximalen Sprengkraft von jeweils bis zu 340 Kilotonnen TNT, dem 26-fachen Zerstörungspotential der Hiroshima-Bombe. Im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ Deutschlands würden diese Bomben im Kriegsfall von in Büchel stationierten Kampfflugzeugen der Bundeswehr zum Einsatz gebracht.

Das jähe Entsetzen im Jahr 1945 über die Vernichtungskraft der Atombombe und ihre Folgen für die Zivilbevölkerung wuch in den Jahrzehnten danach einer großen und machtvollen internationalen Bewegung gegen Atomwaffen, in deren Tradition auch die Proteste in Büchel stehen und die vor einem Jahr einen großen internationalen Erfolg erzielt hat: Im Juli 2017 beschlossen 122 Staaten der UNO den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen, der bisher von mehr als 50 Staaten unterzeichnet wurde.

Kathrin Vogler, Friedenspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., erklärt deshalb zum Hiroshima-Tag am 6. August 2018: „Obwohl sich nach aktuellen Umfragen mehr als 70 Prozent unserer Bürgerinnen und Bürger für einen Abzug der Atomwaffen aus Büchel und für die Unterzeichnung des Atomwaffen-Verbotsvertrages aussprechen, weigert sich die Bundesregierung immer noch diesem historischen Abkommen beizutreten. Stattdessen werden inzwischen sogar Stimmen laut, die eine eigene Atombewaffnung für Deutschland fordern. Und das Trump-Regime denkt öffentlich über den Einsatz von „Mini-Nukes“ nach, deren Vernichtungskapazität jeweils der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki gleichkäme. Schon jetzt bedrohen uns aktuell immer noch 15.000 Atomwaffen; von denen etwa 1.800 in ständiger Alarmbereitschaft gehalten werden. Es ist zutiefst erschütternd, dass politische Sprengköpfe weltweit und unbelehrbar mit der atomaren Weltvernichtung liebäugeln. Die Forderung nach dem Verbot und der Ächtung der Atomwaffen ist also ebenso aktuell wie überlebenswichtig: Wir wollen keine Atomwaffen in Büchel oder anderswo! Die Bundesregierung muss dem Atomwaffen-Verbotsvertrag sofort beitreten! Hiroshima mahnt: Wir brauchen eine nukleare Abrüstungskonzeption statt nuklearer Teilhabe!“